

**Antrag 132/I/2020****Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 134/I/2020 (Kein Konsens)****Alle Möglichkeiten nutzen: Untersuchungsausschuss im Abgeordnetenhaus zum anhaltenden rechten Terror und Verbindungen zum NSU in Berlin-Neukölln einrichten**

1 In Berlin gibt es seit über zehn Jahren eine rechte An-  
 2 schlagserie, die nach wie vor nicht ansatzweise aufgeklärt  
 3 ist.

4  
 5 Eine kleine Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus ergab,  
 6 dass alleine im Zeitraum von Januar bis September 2019  
 7 80 Delikte alleine in Neukölln stattgefunden haben, die  
 8 dem rechten Spektrum zuzuordnen sind.

9 Immer wieder wurden und werden Menschen, die sich ge-  
 10 gen rechts engagieren, durch Graffitis in und an Wohn-  
 11 häusern eingeschüchtert und bedroht, Brandsätze gelegt  
 12 und geworfen, Stolpersteine wurden gestohlen oder zer-  
 13 stört.

14 Eine lange Liste von Straftaten, Übergriffen, Drohanrufen  
 15 und Brandanschlägen gegen vom rechten Terror betroffene  
 16 Personen zeigen, dass bisher unklar ist, ab wann Si-  
 17 cherheitsbehörden von Gefährdungen für konkrete Per-  
 18 sonen wussten, wie und wieso mit diesen Informationen  
 19 auf die jeweilige Art umgegangen wurde, welche Schlüsse  
 20 daraus gezogen wurden und welche Fehlschlüsse zu ge-  
 21 fährlichen, lebensbedrohlichen Situation für Betroffenen  
 22 der rechten Terrorserie geführt haben.

23  
 24 Nachdem die Bundesanwaltschaft sich trotz zweimaliger  
 25 Aufforderung vom Innensenator weigerte, die Ermittlun-  
 26 gen an sich zu ziehen, übernahm sie im August 2020  
 27 dennoch die Ermittlungen. Die Begründung der zuständi-  
 28 gen Generalbundesanwältin liegt darin, dass einer der zu-  
 29 ständigen Staatsanwälte befangen sei. Diese Befangen-  
 30 heit ist darin begründet, dass der Staatsanwalt - laut ei-  
 31 ner Äußerung eines Verdächtigen in einem abgehörten  
 32 Telefonat - diesem Verdächtigen zugestanden haben soll,  
 33 dass sich der Verdächtige keine Sorgen machen müsse,  
 34 da der Staatsanwalt selbst AfD wähle. Das Protokoll die-  
 35 ses abgehörten Anrufs wurde einer Anwältin der Betrof-  
 36 fenen erst nach einer Beschwerde zugänglich gemacht.  
 37 Kurz nach der Aufdeckung dieses Skandals stand einer der  
 38 Polizeibeamten, der Teil der Ermittlungsgruppe Rechtsex-  
 39 tremismus (REX) ist und in diesem Rahmen auch Kon-  
 40 takte mit Betroffenen der Anschläge hatte, wegen einem  
 41 rassistischen Angriff vor Gericht. Ebenso macht die Berli-  
 42 ner Datenschutzbeauftragte öffentlich, dass es im Zusam-  
 43 menhang mit rechtsextremen Morddrohungen an und in  
 44 Wohnhäusern in Neukölln unerlaubte Datenabfragen der  
 45 Polizei zu den dort lebenden Personen gab. Die Polizei ver-  
 46 weigert allerdings weitestgehend die Aufklärung dieser  
 47 Abfragen und verweigert die Kooperation mit der Daten-

**LPT I/2020: vertagt auf LPT II/2020**

48 schutzbeauftragten. Innensenator Geisel reagierte dar-  
49 auf mit der Einsetzung einer externen Kommission. Diese  
50 Kommission, die im September 2020 ihre Arbeit aufneh-  
51 men soll, soll aus zwei bis drei Expert\*innen bestehen, die  
52 nicht aus Berlin kommen und deutschlandweite Erfahrun-  
53 gen im Kampf gegen rechts haben. Mit Ergebnissen dieser  
54 Kommission soll frühestens Ende 2020 zu rechnen sein.  
55 Dieser Schritt ist aufgrund der massiven Ermittlungsfeh-  
56 ler und der Verbindung von Beamt\*innen zum rechtsex-  
57 tremen Milieu und den Tatverdächtigen bei weitem nicht  
58 ausreichend. Das Vertrauen der Betroffenen und der Zivil-  
59 gesellschaft in die Berliner Ermittlungsbehörden ist nach-  
60 haltig gestört. Betroffene fragen sich, wie sie teilweise  
61 mehrfach Opfer von Anschlägen werden konnten, obwohl  
62 sie umzogen und ihre Meldeadresse mit Sperrvermerk  
63 versehen wurden. Die Staatsanwaltschaft stellt trotz ge-  
64 genteiliger Versicherungen Ermittlungsverfahren ein. Bis  
65 heute wurde noch niemand verurteilt, obwohl die Liste an  
66 Straftaten lang und erheblich ist.

67

68 Das Bundesland Berlin hat keinen NSU-  
69 Untersuchungsausschuss eingerichtet, obwohl bekannt  
70 ist, dass Verbindungen von Personen des NSU nach Berlin  
71 nachgewiesen werden können. Andere Bundesländer  
72 mit dieser Verbindung zum NSU handelten auch mit der  
73 Einsetzung von Untersuchungsausschüssen. Eine Auf-  
74 klärung, welche Kontakte Mitglieder des NSU, auch das  
75 Trio Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt,  
76 in Berlin hatten und wo sie sich aufgehalten haben, ist  
77 somit nicht vorgenommen worden.

78 In Bezug auf die rechte Terrorserie in Neukölln kommt  
79 hinzu, dass etwa Carsten Szczepanski, bekannter Neona-  
80 zi und V-Mann des Verfassungsschutzes, bereits im Jahr  
81 1993 verantwortlich war für einen Brandanschlag auf den  
82 Kleinbus der Falken Neukölln. Eine Verurteilung erfolgte  
83 wegen Sachbeschädigung. Zu V-Mann „Piatto“ wurde Szc-  
84 zepanski in der Haft, in der er nach einem Mordversuch an  
85 einen Lehrer aus Nigeria im Jahr 1994 kam. Die Aktivitäten  
86 Szczepanskis in der Brandenburger und Berliner Neonazi-  
87 szene, seine Verbindung zum NSU und der Fakt, dass das  
88 Haus der Falken-Neukölln auf der Terrorliste des NSU auf-  
89 taucht und dass aktive Mitglieder der Falken-Neukölln  
90 und er SPD Neukölln Betroffene der rechten Terrorserie  
91 sind, der lassen die Vermutung nahe legen, dass auch hier  
92 eine direkt Verbindung aufzumachen ist.

93

94 Diesen Indizien muss im Sinne der Möglichkeiten ei-  
95 nes Untersuchungsausschusses detailliert nachgegangen  
96 werden, um abgesehen von der Aufklärung aktueller Ta-  
97 ten, die Strukturen, Netzwerke und Wege der rechten  
98 Gruppen nachvollzogen werden könne. Nur so ist es mög-  
99 lich, Schlüsse für künftige Ermittlungen und konkrete  
100 Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Straftaten zu zie-

101 hen. Es gilt, die Sicherheit für alle Menschen zu erhöhen  
102 und den Betroffenen zu zeigen, dass alle Mittel ergriffen  
103 werden, um zu schützen und weitere Taten zu verhindern.  
104 Die Terrorlisten des NSU sind die Verbindung zur aktuellen  
105 Terrorserie. Diese Verbindungen müssen untersucht wer-  
106 den.

107

108 Aktuell zeigen die veröffentlichten Ergebnisse der Beson-  
109 deren Aufbauorganisation (BAO), der sogenannten Son-  
110 derermittlungsgruppe „Fokus“, dass systematische Un-  
111 tersuchungen höchst brisante und relevante Ergebnis-  
112 se liefern können. So sind durch Ermittlungen der BAO  
113 500 Menschen in Dateien zu Feindeslisten von tatver-  
114 dächtigen Rechtsextremisten aufgetaucht, die vorher un-  
115 bekannt waren. Außerdem konnten so Verbindung zwi-  
116 schen Taten und Tätern hergestellt und bisher unbekante  
117 Strukturen erkannt werden. Dieses Ziel kann ein Untersu-  
118 chungsausschuss unterstützen.

119

120 Mittlerweile wurde eine Petition im Umfang von 25.000  
121 Unterschriften an das Abgeordnetenhaus übergeben.  
122 Die Betroffenen fordern einen parlamentarischen Unter-  
123 suchungsausschuss zum Umgang der Sicherheits- und  
124 Strafverfolgungsbehörden mit der rechten Anschlagserie.  
125 Das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden sei zerrüttet, sie  
126 fordern Aufklärung.

127

128 Wir solidarisieren uns mit den Betroffenen Menschen und  
129 fordern daher:

130

- 131 • Die schnellstmögliche Einrichtung eines parlamen-  
132 tarischen Untersuchungsausschusses im Berliner  
133 Abgeordnetenhaus noch in dieser Legislaturperi-  
134 ode, um Strukturen und Netzwerke vergangener  
135 Straftaten nachvollziehen zu können und Vorge-  
136 henswiesen der Sicherheitsbehörden daraufhin zu  
137 beleuchten
- 138 • Eine Überprüfung, inwiefern der NSU und seine his-  
139 torischen Netzwerke mit der aktuellen Terrorserie in  
140 Verbindung stehen
- 141 • Eine Untersuchung möglicher strategischer Ermitt-  
142 lungsfehler, um eine endgültige Aufklärung der  
143 Straftaten zu ermöglichen

144